

Familienkrach um die „Domowina“ Sorbenrepublik zwischen Autonomie und „Schwarzer Pumpe“

In das idyllische Spreewaldgebiet und die weniger reizvolle Umgebung von Hoyerswerda ist das Stampfen schwerer Bagger und das Knattern der Zugmaschinen eingebrochen: Die „Schwarze Pumpe“, Pankows neues Braunkohlenzentrum und die Planung für künftige Energieversorgung, bestimmt das Gesicht der Landschaft und — das Schicksal eines Staates, den kaum zehn Prozent der Sowjetzonenbewohner kennen. Von der Sorbenrepublik „Domowina“ ist die Rede, dem theoretisch autonomen Gebiet einer „Nationalen Minderheit“, die sich erst seit 1945 als solche konstituierte. Dieser Tage trugen die Sorben die Illusion zu Grabe, ihre Existenz könne sich stärker erweisen als die Realität sowjetzonaler Wirtschaftspläne.

Im mit bläurotweißen Farben, den Farben der „Sorbenrepublik“, geschmückten Kottbus tagte der IV. Bundeskongreß der „Domowina“, um „die weitere Freundschaft zwischen dem sorbischen und dem deutschen Volk“ zu manifestieren. Es war eine Tragikomödie, deren unfreiwillige Statisten die wenigen echten Angehörigen jener kleinen wendischen Volksgruppe waren, die zwischen Spreewald und Bautzen dem Aussterben entgegensieht.

Es begann 1945 ...

Die Lausitzer Sorben waren nach dem Kriege ein verhätscheltes Kind sowjetischer Nationalitäten-Politik. Ihre pan-slawistischen Ideen wurzelten ursprünglich in der vor 900 Jahren erfolgten Eroberung wendischer Gebiete durch deutsche Feudalherren. Aber selbst in der Blütezeit des Sorbentums, in den Jahren 1910—1925, vermochte die „Wendische Volkspartei“ nur 5585 Stimmen zu den Reichstagswahlen (1924) anzumelden. Der Moskauer „Allslawische Kongreß“, auf dem 1941 alle slawischen Minderheiten den Kampf gegen Hitler beschlossen, erwähnte die Sorben mit keinem einzigen Wort. Noch 1946, als sorbische Nationalisten mit sowjetischen „Pajaks“ zu werben vermochten, waren im Sorbenzentrum Bautzen nicht mehr als 7,6 Pro-

zent Angehörige der sorbischen Minderheit zu ermitteln.

Immerhin begann man 1945 planmäßig mit der Aufpöppelung des längst vergessenen Sorbentums. 1946 begann die unter dem Namen „Domowina“ gegründete „Antifa-Organisation der Sorben“ Mitglieder einzuschreiben, und bereits 1948 bekam die „Sorbenrepublik Domowina“ von der sächsischen Landesregierung autonome Rechte verbrieft. 1949 schloß sich auch die brandenburgische Zentralregierung diesem Schritt an und seit 1950 gibt es durch DDR-Dekret einen „Zentralrat der Sorben“.

Eine politische Komödie

Alles weitere wurde zur politischen Komödie herabgewürdigt. Während kaum jemand in der Zone von der Existenz eines „autonomen sorbischen Staates“ wußte, ging die kommunistisch angeleitete „Domowina“ daran, sorbische Schulen und Kindergärten einzurichten, Sorbisch als Amtssprache einzuführen und auf Straßen wie Bahnhöfen zweisprachige Schilder zu montieren.

Berücksichtigt man, daß dies in Gebieten geschah, in denen selbst die ältesten Erwachsenen nichts mehr von sorbischem Brauchtum wußten, so wird verständlich, daß diese Bemühungen nicht von Dauer waren. Als darum im August 1955 eine Hauptabteilung für Sorbische

Fragen beim Ostberliner Innenministerium eingerichtet wurde, hatte diese nur noch die Aufgabe, die Umwandlung „sorbisches“ Gebietes in ein künftiges Industriezentrum möglichst ohne Einbuße der noch immer geförderten Domowina vorzunehmen.

Inzwischen sind jedoch mehr als 50 000 Arbeiter aus allen Gebieten der Zone in dieses Gebiet geströmt und haben mit ihrer Geschäftigkeit die krampfhaft hochgehaltene „Zweisprachigkeit“ hinweggefegt. Als auf der Großbaustelle „Schwarze Pumpe“ die Forderung erhoben wurde, die Bekanntmachungen der Bauleiter zweisprachig zu veröffentlichen, tippten sich diese nur noch belustigt an die Stirn.

Besucher aus Polen

Inzwischen hat aber auch in Polen eine Art Revolution stattgefunden, und die Gründer der „Domowina“, die von der Zonenregierung kaum noch etwas zu erwarten haben, entdecken plötzlich die alte Liebe zu den Polen wieder. Seither gibt es unzählige Delegationen und Besucher aus Polen, die unter der sorbischen Minderheit den Gedanken eines späteren Anschlusses an die Polnische Volksrepublik nähren. Zwar denken die Polen selbst kaum an ein derart irrealles Unterfangen, aber ihre Bestie und Beteuerungen nähren die Hoffnungen sorbischer Nationalisten.

Auf diesem letzten Domowina-Kongreß nun sagte das SED-Politbüro auch den sorbischen Kommunisten den Kampf an. Der kommunistische Familienstreit im Spreewald ist in vollem Gange. „Nationalistischen Verrätern“ droht der Parteiausschluß, „Minderheiten“-Probleme werden mit dem SSD diskutiert. Eine Tragikomödie neigt sich ihrem Ende zu ...

Adenauer stürzen?

DT. In der amerikanischen Presse hat sich der Brauch entwickelt, von Zeit zu Zeit dem Krenl die Frage zu stellen, ob er einen Krieg für unvermeidlich halte. Das ist eine Art Sport geworden, der in bestimmtem zeitlichem Rhythmus mit Hingabe gepflegt wird. So war es schon in den Jahren Stalins. Je nach seiner Laune, die ein Reflex der weltpolitischen Entwicklung war, antwortete der Diktator dann, ein Krieg sei durchaus vermeidlich oder — nicht ganz unvermeidlich. Das war zwischen Beschwichtigung und Drohung immer ein dunkles Orakel, das den Fragestellern Anlaß zu tief sinnigen Betrachtungen gab. Für den Krenl dagegen war das immer eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Propaganda, mit der er in weltweiter Öffentlichkeit sich selbst als den edlen Friedensfreund und den Westen als Brandstifter hinstellte.

Jetzt war es wieder einmal Chrustschow, der von einem amerikanischen Journalisten u. a. gefragt wurde, ob er einen Krieg für unvermeidlich halte. Nein, Herr Chrustschow glaubt das nicht. Er ist vielmehr der Meinung, daß es keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit eines Krieges gebe — wenigstens dann nicht, wenn sich die Westmächte und vor allem die USA ebenso vorbildlich wie die Sowjetunion an das Prinzip der friedlichen Koexistenz halten; man könne dann mit Sicherheit sagen, daß der Frieden erhalten und gefestigt werde. Der Mann, der hier antwortete, würde nicht Chrustschow heißen, wenn er nicht die Gelegenheit dieses Interviews benutzte, um die sowjetische Politik in den milden Glanz selbstloser Friedfertigkeit zu tauchen und umgekehrt dem Westen alles Üble anzudichten. Anklagend nannte er die sogenannte Politik der Stärke, das Wettrüsten, die Weigerung abzurüsten, die Errichtung von Stützpunkten auf fremdem Territorium, die Remilitarisierung Westdeutsch-

lands und sogar den Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einzumischen. Das sind alles „Untaten“, die der sowjetischen Moral, wie man weiß, sternweit fern liegen. Moskau ist weiß und der Westen ist schwarz. Das ist das in aller Welt verbreitete Ergebnis solcher Interviews, bei denen zwar nicht die Fragen, aber die Antworten ihren Sinn haben, und zwar im Dienst der sowjetischen Propaganda. Dennoch wird in einigen Wochen die Wiederholung der gleichen Fragen fällig sein.

Die richtige Frage

Richtiger wäre es, die Staatsmänner des Westens zu fragen, was sie tun, um einen Krieg wirklich vermeidbar und sogar unmöglich zu machen. Mit Sicherheit wird ein Krieg vermieden, wenn die westliche Politik so geartet ist, daß sein Risiko auf jeden Angreifer absolut abschreckend wirkt. Man sollte immer wieder fragen, ob der Westen in gemeinsamem Planen und Handeln wirklich alles tut, um diese Wirkung zu erzielen. Die vergangenen Monate waren in dieser Hinsicht nicht besonders ermutigend. Durch Fehler der einen, die nachfolgende Verstimmung anderer und Unstimmigkeiten sonstiger Art ist die Politik des Westens in einen Zustand abgeglitten, der dringend einer Aufwertung bedarf. Wir können nur wünschen, daß Bermuda, wo die amerikanischen und britischen Staatsmänner die Schwierigkeiten der letzten Monate in gemeinsamer Einsicht zu überwinden suchen, sich sozusagen als ein Sanatorium der westlichen Politik bewähren wird. In dem europäischen Bereich, wo Unstimmigkeiten gleichfalls nicht fehlen, muß die von Bundeskanzler Adenauer angeregte Überprüfung der militärischen Planungen und Hilfsquellen der Westeuropäischen Union zu einer Klärung führen, die unter Berücksichtigung der modernsten strategischen Notwendigkeiten — das Problem der Umrüstung eingeschlossen — die europäisch-atlantische Verteidigungskraft auf erneuerten und gefestigten Grundlagen sichert.

Es handelt sich hier um Pro-

bleme, die in sowjetischer Sicht auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung berühren. Das kann uns nicht gleichgültig bleiben. Es ist aber eine auch von der SPD noch nicht widerlegte Tatsache, daß die Chance der Wiedervereinigung keineswegs etwa in dem Maße abnimmt, wie im ganzen die Sicherheit des Westens stärker begründet wird. Eher ist das Gegenteil richtig. Je mehr der Westen durch eine starke Verteidigungskraft und eine gemeinsame Politik an Sicherheit gewinnt, um so leichter wird es tragbar sein, für die friedliche Lösung des deutschen Problems auch Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, für die heute noch die Voraussetzungen fehlen. Die Sowjetunion ist nämlich eine wirklich große Macht, und die Furcht vor ihr beherrscht manchen im Westen. Wichtigste Aufgabe der westlichen Politik ist es also, Tatsachen zu schaffen, die geeignet sind, diese Furcht zu überwinden. Furcht macht unfrei und ist ein schlechter Ratgeber. Erfolgreich verhandeln kann man nur, wenn sie nicht mit am Konferenztisch sitzt.

Peinliche Übereinstimmung

Bundeskanzler Adenauer ist zweifellos ein Staatsmann, dessen Handeln aus einem redlichen Impuls zur Sicherung des Friedens darauf gerichtet ist, diese Furcht durch Schaffung realer Tatsachen zu überwinden. Er ist deshalb für die Sowjets, die auf Furcht und Schwäche ihrer Gegner spekulieren, kein leichter Partner. Als dieser Tage der sowjetische Botschafter in Bonn, Smirnow im Hinblick auf die kommende Bundeswahlen gefragt wurde, ob Moskau lieber Adenauer oder Ollenhauer an der Spitze der Bundesregierung sähe, betonte er ausweichend die Bereitschaft der Sowjetunion, mit jeder Regierung zusammenzuarbeiten, die vom Volke gewählt sei. Anders konnte seine Antwort nicht gut lauten, obwohl sie eigentlich das Geständnis einschließt, daß dann die Regierung von Pankow, die nicht vom Vertrauen des Volkes, sondern von sowjetischen Bajonetten getragen ist, ein schlechter Partner Moskaus ist.

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

„Verdünnte“ Textilien

Berlin (DPA). Die Tuche leichter zu machen und dadurch ohne mehr Material mehr Meter herauszuholen, ist der Vorschlag, mit dem der Minister für Leichtindustrie der Sowjetzone, Feldmann (NDP), das Zonenangebot an Textilien 1957 erhöhen möchte. Vergleiche mit dem Materialeinsatz für den Quadratmeter Gewebe in anderen Ländern hätten gezeigt, daß man in der Sowjetzone über die bisher erzielten Ergebnisse hinaus die Grammgewichte je Quadratmeter weiter senken, die Ausspinnung verfeinern und vor allem die Baumwollgewebe leichter machen müsse. So könne die Produktion bei gleichem Materialeinsatz erhöht werden. (Karikatur Seite 7.)

Vor neuer Viererkonferenz

Thema: Deutschland — Vorbereitungen werden getroffen

Tuckerstown (AP). Präsident Eisenhower und der britische Premierminister Macmillan haben eine Gruppe von Sachverständigen beauftragt, die Grundlage für neue Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Lösung der deutschen Frage zu schaffen. Die Direktive steht in engem Zusammenhang mit der Bereitschaft der beiden Staats-

Europa-Verträge unterzeichnet

Weitere Schritte zur Einigung — Sonderstellung Berlins

Rom (AP). Zwei der wichtigsten Verträge über die Einigung Europas, die Verträge über die Bildung eines Gemeinsamen Marktes und über die Bildung einer Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom), sind in Rom von den Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs unterzeichnet worden. Damit wird, wie Bundeskanzler Adenauer vor Beginn der Unterzeichnung im historischen Sitzungssaal des capitolinischen Palastes erklärte, „auf allen wesentlichen Gebieten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens und auf dem zukunftsträchtigsten Gebiet der menschlichen Entwicklung, dem Atomgebiet, ein echter europäischer Zusammenschluß“ zwischen den sechs Unterzeichnerstaaten entstehen.

Die Verträge sollen am 1. Januar 1958 in Kraft treten, wenn sie bis dahin von den Parlamenten der sechs Länder ratifiziert worden sind.

Als erster Minister der sechs Länder setzte der belgische Außenminister Spaak seine Unterschrift unter die zahlreichen Dokumente, aus denen das Vertragswerk besteht. Es folgten der französische Außenminister Pineau und Staatssekretär Faure, Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein, der italienische Ministerpräsident Segni und Außenminister Martino, der luxemburgische Ministerpräsident Bech und Botschafter Schaus, sowie der niederländische Außenminister Luns und Staatssekretär Homann. Während der Unterzeichnung dröhnten die Glocken vom Turm des Capitols, die nur bei seltenen Anlässen geläutet werden.

Bundeskanzler Adenauer dankte insbesondere dem belgischen Außenminister Spaak für seine Mitarbeit an den beiden Verträgen, die einen immer festeren Zusammenhalt der sechs Staaten und allen ein Überleben und die Sicherung

der freiheitlichen Entwicklung des sozialen Fortschritts gewährleisten. „Ein Tag wie der heutige läßt uns schmerzlich empfinden“, fuhr der Kanzler fort, „daß es uns noch versagt ist, an dem Vereinten Europa als vereinigt Deutschland teilzunehmen. Auch die 17 Millionen, die gewaltsam von uns getrennt sind, gehörten nach Abstammung, Kultur und Selbstbestimmung zu dem Europa, dessen Aufbau durch die neuen Verträge gefördert werden soll.“

Die Berlin-Klausel

Ausnahmen gelten für Berlin sowie für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Die Berlin-Klausel lautet: „In Anbetracht der besonderen Lage Berlins und der Notwendigkeit, der Stadt die Hilfe der freien Welt zu geben, sowie in dem Bestreben, die Verbundenheit unserer sechs Regierungen mit der Bevölkerung Berlins zu bekräftigen, werden die sechs Nationen im Gemeinsamen Markt dafür eintreten, daß alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Lage in Berlin zu erleichtern und seine wirtschaftliche Stabilität zu fördern und sicherzustellen.“

Dem Vertragswerk wurde ferner ein Sonderprotokoll beigegeben, wonach der Handel zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzonenrepublik als innerdeutscher Handel zu betrachten ist. Die Anwendung des Vertrages über den Gemeinsamen Markt erfordert daher keine Änderung des gegenwärtigen Zustands im Handel zwischen den beiden Teilen Deutschlands und macht die Zonengrenze nicht zur Zollgrenze.

Adenauer zum Bulganin-Brief

Moskau geht von „unzutreffenden Voraussetzungen“ aus

Bonn (Eigenmeldung). In einer Stellungnahme zu dem Schreiben bedauerte Dr. Adenauer, daß Bulganin auf die Repatriierung der in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen nicht eingegangen ist. Er erklärte, dieses Problem sei „zumindest von gleicher Bedeutung“ wie die Regelung und Erweiterung der Handelsbeziehungen, der konsularischen Befugnisse und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Zu dem Vorschlag Bulganins, mit Handelsbesprechungen schon im April zu beginnen, äußerte sich Adenauer nicht.

Der Kanzler bedauerte ferner, daß Bulganin in der Frage der Wiedervereinigung auf der These von zwei deutschen Staaten und der Forderung nach direkten Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und Pankow beharrt. Er sagte, Bulganin gehe von „unzutreffenden Voraussetzungen“ aus, denn weder die Bundesregierung noch der Bundestag hätten verlangt, daß die sogenannte DDR die Einrichtungen und das politische System der Bundesrepublik übernehme. „Sie haben lediglich verlangt, daß durch allgemeine freie Wahlen eine

gesamtdeutsche Volksvertretung entsteht, die frei die politischen und wirtschaftlichen Lebensformen des deutschen Volkes bestimmen kann“, sagte der Kanzler.

Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mellies wandte sich entschieden gegen die von Bulganin angeschnittene Frage der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und Pankow. Die sowjetische Regierung müsse zur Kenntnis nehmen, daß kein deutscher Politiker die These der zwei souveränen Staaten auf deutschem Boden akzeptieren könne.

DT. Die Rotschaft Bulganins ist kurz und höflich und liegt auf der Linie des begonnenen

Gesprächs. Sie bringt keine neuen Tatsachen. Doch die Stellungnahme des Bundeskanzlers trifft genau die wunden Punkte der ziemlich ungeschickten sowjetischen Argumentation. Es steht nämlich überhaupt nicht in Frage, irgendwelche Zustände aus der Bundesrepublik auf die Zone, oder umgekehrt aus der Zone auf die Bundesrepublik zu übertragen. Vielmehr kommt es nur darauf an, daß die Deutschen selbst nach dem auch von den Sowjets gelegentlich gefeierten Selbstbestimmungsrecht über die innere Ordnung ihres Staates in voller Freiheit entscheiden. Einen anderen Weg gibt nicht. Wird er auch vom Kreis beschritten, dann ist die Lösung aller zwischen Deutschland und der Sowjetunion schwebenden Probleme möglich.

Vom Tiergarten zum Alex

Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ ausgeschrieben

Berlin (Eigenbericht). Der Ideenwettbewerb „Hauptstadt Berlin“ ist jetzt von der Bundesregierung und dem Senat als „offener internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb“ ausgeschrieben worden. Er soll Vorschläge für die Neuordnung und Gestaltung Berlins in seinem inneren Stadtgebiet als

Hauptstadt Deutschlands und als Weltstadt bringen.

Das Wettbewerbsgebiet erstreckt sich vom Bahnhof Tiergarten bis zum Alexanderplatz und vom Oranienburger Tor bis zum Mehringplatz.

Zu dem Wettbewerb sind alle in Europa lebenden Architekten und Städtebauer sowie außer-europäische Städtebauer und Architekten, die in Deutschland geboren sind, zugelassen. Die Unterlagen können vom 30. März an gegen Einsendung einer Schutzgebühr von 100 DM beim Bausenator angefordert werden. Die Arbeiten müssen dann bis zum 30. November 1957 eingereicht sein.

Dem Preisgericht gehören Fachpreisrichter Architekt Alvar Aalto (Helsinki), Prof. Bartning (Darmstadt), Prof. van Eesteren (Amsterdam), Prof. Gropius (USA), Prof. Hebebrand (Hamburg), Prof. Hillebrecht (Hannover), Dipl.-Ing. Rossig (Bonn), Dipl.-Ing. Steinbiss (Bonn), Dipl.-Ing. Stephan (Berlin), Architekt Vago (Paris) und Prof. Wedepohl (Berlin) an. Als Sachpreisrichter wurden berufen: Der Bundesminister für Wohnungsbau, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, der Bürgermeister von Berlin, der Berliner Bausenator, Dr. Skrodzki und Scharnowski (beide Berlin).

Ungarns SSD-Chef abgesetzt

Matyas von Horvath abgelöst

Wien (AP). Der Chef der ungarischen Geheimpolizei, Oberst Matyas, ist nach zuverlässigen Berichten aus Budapest von der Kadar-Regierung von seinem Posten entfernt worden. Matyas war nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes zum Geheimpolizeichef ernannt worden. Der Grund seiner Entlassung ist noch nicht bekannt. Zu seinem Nachfolger soll Gyula Horvath, ein langjähriges leitendes Mitglied der Geheimpolizei, ernannt worden sein.

Horvath war an dem Verfahren gegen den ehemaligen ungarischen Außenminister Laszlo Rajk beteiligt, der 1949 wegen „Titoismus“ zum Tode verurteilt und hingerichtet und im vergangenen Jahr wieder rehabilitiert worden war.

Wie Radio Budapest bekanntgab, hat die ungarische Polizei Ferenc Pinter, einen General der ungarischen Armee aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg, verhaftet.

Der ungarische Industrieminister Apro hat nach einer Meldung von Radio Budapest die in Moskau lebende Witwe des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Bela Kun besucht. Bela Kun war nach dem ersten Weltkrieg Chef einer kurzlebigen kommunistischen Regierung in Ungarn. Nach seiner Flucht in die Sowjetunion war er als „Trotzkist“ angeklagt und in den Säuberungsprozessen der dreißiger Jahre zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Im vergangenen Jahr war er rehabilitiert worden.

So sind sie wirklich:

Immer schon als Sorbe gefühlt . . .

Nur wenigen ist bekannt, daß sich unter den Abgeordneten der sowjetzonalen „Volkskammer“ auch ein Vertreter einer „nationalen Minderheit“ befindet: Kurt Krenz, Chef aller Sorben, die heute das Gebiet zwischen dem Spreewald und Bautzen bevölkern. Krenz vertritt die „Sorbenrepublik Domowina“. Es ist ein undankbares Amt, denn jene, die sich heute als „Sorben“ ausgeben — meist, ohne deren Sprache zu kennen —, wollen wiederum nichts von den Kommunisten wissen. Und Krenz ist Mitglied der SED-Bezirksleitung Dresden.

Früher war alles anders . . .

In diesem Sommer wird er 50 Jahre alt. Wenn es bis dahin keinen größeren Krach um die „Domowina“ gegeben hat, ist ihm der „Vaterländische Verdienstorden“ in Gold sicher. In Silber hat er ihn schon. Aber die Chancen stehen nicht mehr so günstig wie vor einigen Jahren, als man das Sorbentum sogar in Fremdenverkehrsprospekten unterstrich. Krenz, Sohn eines Bautzener Steinarbeiters, hat es nicht verstanden, das „Sorbentum“ in jene Bahnen zu lenken, für die man es finanzierte.

Früher, als er noch kleiner KPD-Funktionär in Bautzen war, hätte er für derartige Bemühungen nur ein Lächeln übrig gehabt. Aber da unterstützten die nach Polen orientierten Spreewald-Wenden auch Pilsudski-Staat, und der anderem wurde von der Zentrale in Acht und Bann getan. Die Kommunisten Thälmanns wollten nichts wissen von derartigen „nationalen Minderheiten“, die zumeist das Zentrum oder sich selber wählten. Dann kam das Jahr 1933. Krenz gehörte zu den ersten, die verhaftet wurden. Zwölf lange Jahre wanderte er durch die Zuchthäuser und Konzentrationslager, bis ihn die Amerikaner befreiten.

1945 ging er wieder in die KPD. Als Agitprop-Mann, als kleiner Kreisfunktionär für Agitation und Propaganda, begann er. Bis man 1946 ent-

KURT KRENZ

deckte, daß er eigentlich „Sorbe“ war. Sein Großvater gehörte einer sorbisch-wendischen Vereinigung an und war einmal auf einem derartigen Kongreß gewesen. Jetzt wurde das ein höchst interessantes Moment . . .

„Wo sind Genossen Sorben?“

In der Lausitz machten sich nämlich die nach der sowjetischen Besetzung auf den Plan getretenen rund 5000 Sorben Hoffnungen auf eine eigene autonome Regierung und eventuellen Anschluß der Lausitz an Polen. Die treibende Kraft aber waren Leute, die dem Kommunismus wenig nahestanden: nationalistische Fanatiker, die einem politischen Phantom nachjagen wollten.

Die „antifaschistische Massenbewegung Domowina“, der sie angehörten, wurde über Nacht für die sorben zwangsverschmolzene SED zum Sorgenkind. „Wo sind Genossen Sorben?“ kabelte man an die SED-Kreisleitungen und versuchte, geeignete Leute in die „Domowina“ einzuschleusen. Die damalige SED-Landesleitung Sachsen entsann sich des Genossen Krenz: „Wir setzen dich ein, vorläufig ohne Funktion! Eines Tages kannst du dann den ganzen Laden übernehmen . . .“

Und Krenz warf sich ins Zeug. Schon immer habe er als Sorbe gedacht und gefühlt, erklärte er seinen skeptisch dreinblickenden neuen „Landsleuten“. Als sich 1948 der „Zentralrat der Wenden“ aus der „Domowina“ herauszuschälen begann, saß Krenz schon mit am Vorstandstisch. Und auf dem ersten Bundeskongreß der Domowina im März 1951 wurde er mit knapper Stimmenmehrheit zum Vorstand gewählt. Zu dieser Zeit war es bereits als Abteilungsleiter des „Sorbischen Volksbildungsamtes“ bei der sächsischen Landesregierung akkreditiert. Noch sprach er keine 500 Worte „sorbisch“, aber ihm oblag die Einrichtung sorbischer Sprachschulen und die Erhaltung einer „mehr als

800jährigen urslawischen Kultur“.

Die „nationale Minderheit“

Die Sorben selbst mußten ihn wählen, weil sie nur durch Krenz als „nationale Minderheit“ in der Volkskammer vertreten werden konnten. Denn die SED hatte ihren „Muster-Sorben“ wohlweislich mit in den „Deutschen Volksrat“ gewählt, aus dem dann die „DDR“-Regierung geboren wurde. Am 7. Oktober 1949 zog Krenz in die Volkskammer in der Ostberliner Luisenstraße ein, und das „Informationsblatt der Domowina“ vermerkte dies „als einen denkwürdigen Akt in einer Periode jahrhundertelangen Kampfes um nationale Anerkennung und Würdigung der Sorben“.

Dann kam die Wahl in den „Nationalrat der Nationalen Front“ und die Ernennung zum ständigen Mitglied der SED-Landes- und später -Bezirksleitung Sachsen bzw. Dresden. Am 6. Oktober 1954 wurde Krenz — flankiert von einer Trachtengruppe Spreewälder Sorben — mit dem „Vaterländischen Verdienstorden“ in Silber dekoriert.

Es war sein Unglück, daß er nach dem Tode Stalins nicht mehr die Zeichen einer veränderten Zeit verstand. Es gab eine kleine Abkehr von der Nationalitätenpolitik des alten Mannes im Kreml, und die „autonomen“ Sorben interessierten nur noch, soweit sich die „Domowina“ in die Breitenarbeit der „Nationalen Front“ einordnen ließ. Katastrophal aber wurde es erst, als sorbische Nationalisten im vergangenen Oktober nach der Wahl Gomulkas mit pro-polnischen Tendenzen die Einheit der örtlichen SED-Vertretungen in Frage stellten. Krenz beging den Fehler, diese Tendenzen noch zu unterstützen, nun warf ihm die SED auf dem letzten

Domowina-Bundeskongreß „ideologische Unsicherheit und Nachgiebigkeit gegenüber nationalistischen Verrätern“ vor. Es scheint, ihm wird es schwerer fallen, Sorbe zu bleiben als einstmalig Sorbe zu werden . . .

Wieder „Massenbedarfs-Milliarde“?

Das Fiasko auf dem sowjetzonalen Konsumgütermarkt

Wer sich in diesen Wochen einen bestimmten Fernsehapparat oder eine bestimmte Wohnzimmer Einrichtung auf Abzahlung kaufen möchte, verläßt enttäuscht und etwas verwundert das HO-Geschäft. Zum dritten oder vierten Male nämlich haben ihm die Verkäufer gesagt: „Kommen Sie doch bitte in zwei, drei Monaten wieder! Es soll ja noch was kommen...“ An den Verkäufern liegt es nicht. Denn denen schwimmt ja mit dem Fiasko auf dem sowjetzonalen Konsumgütermarkt ihre eigene Umsatzprämie davon. Die Industrie kann einfach nicht mehr liefern. Das „kleine Wirtschaftswunder“ vom vergangenen Herbst, als die SED mit Beginn des Teilzahlungsgeschäftes alle vorhandenen Reserven auf den Markt werfen ließ, ist noch schneller gestorben, als es die Planer befürchten mochten.

In diesen Tagen besuchten rund 80 000 Delegierte der Betriebe und Organisationen die Messe in Leipzig. Sie haben sich ehrlich über jedes Anstehen der Gesamtsumme bei neugeschlossenen Exportverträgen gefreut. Aber nur wenige ahnten, daß von einer gewissen Summe ab der Ausverkauf der eigenen Konsumgüterbasis mit einbegriffen war.

Jagd nach Devisen

So ist das nämlich: Als im vergangenen Dezember die Konsumgüterindustrie ihren ersten großen Hilferuf nach Kohle und Rohstoffen ausstieß, da sprach man von einem „Vakuum“ in der Konsumgüterproduktion, das sich im Frühjahr und Sommer unangenehm bemerkbar machen würde. Jetzt aber geht es nicht allein mehr um Materialsorgen, sondern um Devisen! Die oberste Planungsbehörde hat den Produzenten der Leichtindustrie aus der letzten Sowjethilfe neue Rohstoffkontingente und gewisse Investitionsgelder zukommen lassen. Die Wirtschaftsfachzeitsungen der Zone haben das gebührend vermerkt. Aber: Dieses Zugeständnis war mit einer Bedingung verbunden, die man nur am Rande vermerkte: Bis zu 80 Prozent der mit diesen Rohstoffen und Investitionen hergestellten Bedarfsgüter fließen in die Kanäle des devisa-bringenden Exports! „Wir brauchen erst einmal Devisen, um wieder auf die Beine zu kommen!“ erklärte man in Berlin. „Für diese Devisen kaufen wir dann wieder Rohstoffe ein, und daraus produzieren wir dann für den eigenen Markt...“

Wem es nicht aufgefallen sein sollte: Die Sowjetzone hat auf

dieser letzten Messe Dinge angeboten, zu Schleuderpreisen sogar, auf die der Mann von der Straße seit Monaten wartet. Nun beginnt in den nächsten Tagen eine Expertenkonferenz, auf der man sich mit der weiteren Konsumgüterproduktion befassen will. Auch die letzte Volkskammersitzung hat sich damit beschäftigen müssen. Schließlich ist die Warenbeschickung des Konsumgütermarktes im eigenen Land nicht nur eine Sache der Menschenfreundlichkeit, sondern auch eine Geldabschöpfung.

In den Taschen der Bevölkerung befindet sich zuviel unkontrollierbares Geld. Die SED mag tun, was sie will, sie mag

Die neue „Milliarde“

Nun soll eine neue „Massenbedarfs-Milliarde“ Rettung bringen. Entsinnen Sie sich noch? Damals, nach dem Juni-Aufstand, ließ die SED schnell irgendwelche Industriewaren im Gesamtwert von einer Milliarde DM-Ost nebenher produzieren, um den Warenhunger der Bevölkerung zu befriedigen. Nun soll Ähnliches geschehen. Aber die Ansprüche der Käufer sind gewachsen. Inzwischen gab es schon ganz brauchbare Fernsehapparate, moderne und zweckmäßige Möbel tauchten vereinzelt — wenn auch zu überpreisen — auf. Die Zeit, wo mit Kaffeeseiben aus Abfallproduktion Geld abzuschöpfen war, ist unwiderruflich vorbei. Nun hat ein Vorschlag der „Staatlichen Handelsorganisation“ bereits böses Blut gemacht: das sogenannte „Ansparen“. Worum geht es dabei?

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.

die Rationierung aufheben — woran allerdings noch lange nicht zu denken ist — oder plötzlich sowjetische Personenautos importieren: Immer wird ihr diese unberechenbare Summe überschüssiger Kaufkraft den Plan durchkreuzen.

An Stelle der seit einem halben Jahr üblichen Teilzahlungsverträge sollen „Ansparverträge“ treten, wenn die betreffende Ware nicht greifbar ist. Das heißt: Wer auf eine bestimmte Ware reflektiert, beginnt diese bereits anzusparsen noch ehe sie produziert ist.

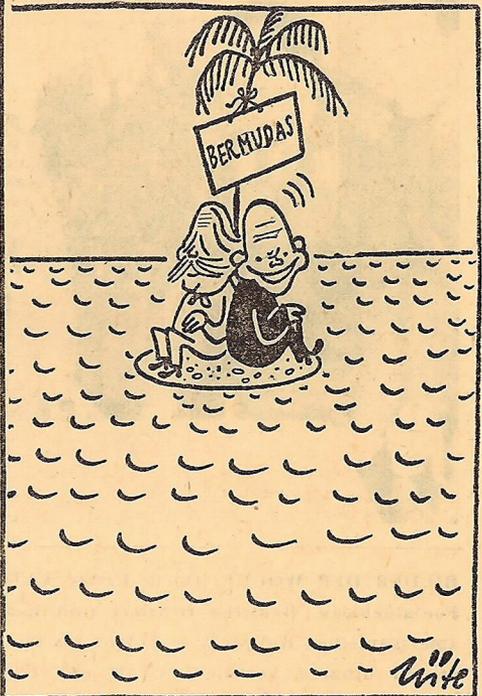
Auf diese Art erhält die Industrie das Geld für die Produktion, der Staat das Geld für den Ankauf von Rohstoffen und — die überschüssige Kaufkraft verschwindet vorzeitig aus den Taschen der Bevölkerung. Es ist das System „Volkswagen“ aus den Jahren vor dem Kriege und man darf gespannt darauf warten, wieviel Freunde es — wenn die HO damit durchkommt — gewinnen wird. Bleibt die Erkenntnis: Die Wirtschaftswunder sind, wenn sie „geplant“ werden, kurzlebig und enttäuschend... .

Pankows „verdünnte Textilien“



„Mann, bleiben Sie stehen, das wird der neue volksdemokratische Anzugstoff!“

Bermuda-Konferenz



„Finden Sie nicht auch, ein idealer Platz, um sich näherzukommen!“

Adenauer stürzen?

Fortsetzung von Seite 2

Aber die Antwort auf die Alternative Adenauer oder Olshausen sieht anders aus in der Ebene der kommunistischen Propaganda als der kommunistischen Diplomatie. Die Rede des Genossen Ulbricht auf der angeblichen Tagung von Funktionären der SPD und der SED in Leipzig, an der echte Funktionäre der SPD überhaupt nicht teilgenommen haben, enthält mindestens ein dutzendmal an die „lieben sozialdemokratischen Genossen“ die Aufforderung, Adenauer zu stürzen und dadurch „eine Wende der Innen- und Außenpolitik“ der Bundesrepublik herbeizuführen. Alles hänge von diesem Umsturz ab: der Frieden, die soziale Sicherheit, die demokratische Freiheit, die „Freiheit

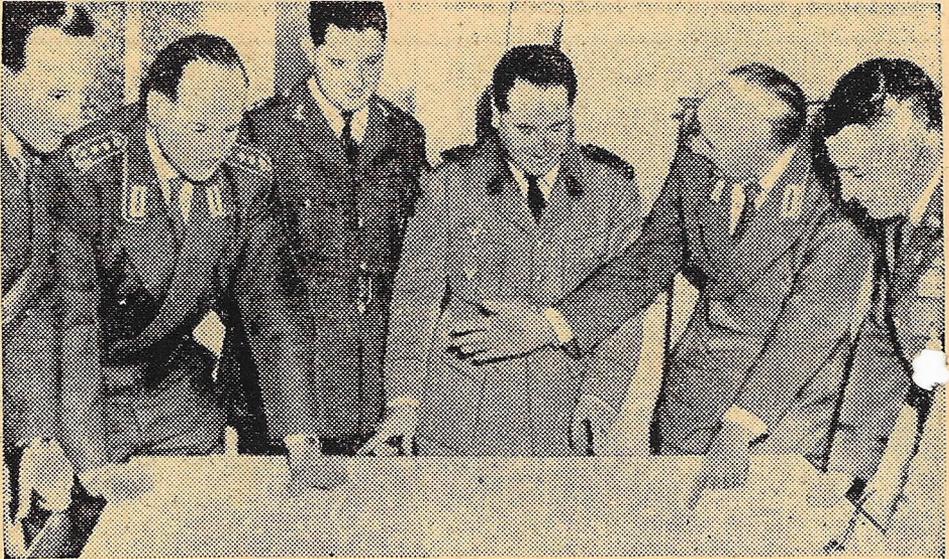
von Furcht“ der westdeutschen Arbeiterschaft und sogar die Wiedervereinigung.

Diese Rede des Genossen Ulbricht ist ein besonders plummes Dokument der sowjetisch-kommunistischen Propaganda nach Westdeutschland. Leider aber geschieht auf sozialdemokratischer Seite manches, was gelegentlich eine peinliche Übereinstimmung mit den Anschauungen und Formulierungen der SED verrät und deshalb gefährlich wird. Genosse Ulbricht z. B. sagte: „Der Adenauer-Partei gilt es, eine Niederlage beizubringen. Die Friedenskräfte müssen die Oberhand gewinnen.“ Im sozialdemokratischen Zentralorgan „Vorwärts“ lautet der gleiche Gedanke, knallig in die Überschrift gebracht: „Gaitskell for-

dert ‚Friedensoffensive‘ des Westens — Aktive Teilnahme der Bundesrepublik nur durch Sturz Adenauers möglich.“ Es ist das gute Recht der SPD, Adenauer zu stürzen. Guter Geschmack und wohlverstandenes Eigeninteresse sollten sie in dessen davor bewahren, dieses Ziel mit den gleichen Verdächtigungen zu begründen, die zur Propaganda der SED gehören. Was nämlich Ulbricht fordert, das war noch nie gut für Deutschland.

Wahlen endgültig
am 15. September

Bonn (AP). Bundespräsident Heuss hat den Termin für die Bundestagswahlen endgültig auf den 15. September festgelegt. Mit der Unterzeichnung einer entsprechenden Anordnung entsprach Prof. Heuss einem Vorschlag der Bundesregierung.



BILDER DER WOCHE: Oben: Erstes NATO-Stabsmanöver mit deutscher Beteiligung in Fontainebleau. Deutsche Offiziere (mit Kragenspiegeln) im Kreise ihrer britischen und amerikanischen Kollegen. — Unten: Als interessierte Zuschauer erwiesen sich die Pinguine, die in Scharen herbeieilten, als der US - Marinefrachter „Arneb“ Nachschub für die amerikanische Antarktis-Expedition auslud.

